Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtrag-15 Rpfg. Alle Postanstalten gebühr. Einzelnummern 15 Rpfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 147 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 27. Juni 1931

Zwischen Politik und Wirtschaft.

Hoovers Botschaft. — Thoiry-Erinnerungen. — Das Fell des Bären.

„Ich will von dieser gräßlichen Politik nichts wissen," — man hört das oft und kann es bisweilen nicht für ganz unberechtigt halten. Aber noch öfter — namentlich in Deutschland — rennt die Politik doch jene Abneigung machtvoll über den Haufen. So auch jetzt wieder. Das „bangend und bangend in schwebender Pein" haben wir Deutsche gerade jetzt politisch nur allzu sehr verspürt. Alle, ohne Ausnahme. Und wir merken, daß ebenso wie Napoleons Wort „Die Politik ist das Schicksal" auch die Korrektur Rathenaus richtig und leider überaus zutreffend ist: „Die Wirtschaft ist das Schicksal." Jedenfalls machte diese letztere in Hoovers Botschaft den Versuch, stärker unser Schicksal zu bestimmen als die Politik. Wir sind in Deutschland deswegen nicht gleich in das „himmelhoch jauchzend, zu Tode betrübt" verfallen, weil die Vorsicht und die Erfahrung uns mahnten; die Kräfte und den Einfluß der Politik nicht zu unterschätzen und uns nicht sogleich auf den Sieg der wirtschaftlichen Vernunft zu verlassen. Obwohl dieser Sieg allein uns Rettung aus verzweifelter Lage bringen kann! Immerhin verdient es bei der Abwägung der Aussichten für die Hoover-Aktion vermerkt zu werden, daß die drei Staatsbanken von Amerika, England und — Frankreich sich schon entschlossen haben, der Deutschen Reichsbank einen kurzfristigen Goldkredit von 420 Millionen Mark zur Verfügung zu halten, damit das deutsche Notentnstitut glatt über den Ultimo hinüberkommt, ohne die straffgespannte Golddecke der Währung „einzureißen". Das zeugt doch davon, daß diese Finanzmächte dem weltwirtschaftlich so bedeutungsvollen, für Deutschlands Schicksal schlechtweg entscheidenden Schritt Hoovers doch mehr Erfolg zutrauten, als gegnerische Politiker glauben, wollen und herbeizuführen versuchen, nur weil sie sich in ihrem „Prestige" gekränkt fühlen. Und wenn man beides zusammen nennt, also: „Prestige-Politik" sagt —, dann hat man den letzten Grund für all den fast hilflosen Jammer, für die schwere Krise und die in Reden bestehenden „Rettungs"versuche in Europas Wirtschaft. Und da soll alles so bleiben, wie es ist, trotzdem eine nun schon recht weitverbreitete Meinung in Europa besteht, daß es sehr — schlecht ist!

*

Dr. Brüning hat nun ins Horn gestoßen, aber er forderte mit seiner Rundfunkrede nur friedlichen Einlaß. In einer Aussprache mit den französischen Staatslenkern will er den Drachen Politik einigermaßen unschädlich machen, weil Europas Schicksal — auch und vor allem sein wirtschaftliches — abhängig ist davon, daß wir mit Frankreich irgendwie auf einen besseren Fuß kommen. Wenn man rückdenkend an die so berühmt gewordene Zusammenkunft Dr. Stresemanns und Briands in Thoiry erinnert, so soll man das tun mit dem Hinweis darauf, daß Dr. Stresemann damals dem französischen Außenminister den Vorschlag machte, mit Hilfe der Mobilisierung eines Teils der deutschen Dawes-Zahlungen in Höhe von zwei Milliarden die sinkende und zitternde Währung Frankreichs zu stützen. Mehr an gutem Willen konnte man wirklich nicht zeigen und daß Frankreich die deutsche Hilfe ablehnte, ändert nichts an der Tatsache seines Vorhandenseins. Heute freilich muß Briand viel vorsichtiger sein; denn seine innenpolitischen Gegner sind wacher denn je. Auf der anderen Seite hat er nur laue Freunde. Und im nächsten Jahr sind in Frankreich Neuwahlen zu erwarten, so daß die „Politiker" schon heute mit einem Ohr hinhören, was die Massen treiben und sprechen. Briands Gegenspieler, Hoover und Macdonald, sind in ähnlicher Lage, auch ihrer harren im nächsten Jahr Neuwahlen. Aber diese beiden Männer sind aktiv, nicht passiv wie in Paris, wo man nur die Massen nicht „vergrämen", den französischen Rentner nicht in den heiligsten Gefühlen seines Portemonnaies dadurch kränken will, daß „zugunsten Deutschlands" Opfer gebracht werden sollen. Macdonalds Absichten einer Seeabrüstung, einer Bewältigung der Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit in England sind völlig gescheitert. Genau so wie Frankreich das Londoner Marineabkommen beiseite stieß, kann es auf der kommenden allgemeinen Abrüstungskonferenz alles zur Erfolglosigkeit bringen. Da versucht Macdonald einen durchschlagenden Erfolg auf anderem Wege. Und Hoover hat den Amerikanern die Wiederkehr der wirtschaftlichen Blüte bisher auch nicht verschaffen können, hätte aber durchaus nichts dagegen, wenn er und seine Partei bei der nächstjährigen Präsidentenwahl den Sieg erringen würde, eben mit Hilfe des Erfolges seines rein wirtschaftlich gedachten und gewollten Vorschlages. Wenn der deutsche Besuch in Chequers auch nur unter wirtschaftlichem Wollen stand, so liegen die Dinge bei einem „französischen" Chequers allerdings erheblich anders und darin besteht die Gefahr — natürlich nur eine solche für Deutschland. Wir haben ja die Erfahrungen von Thoiry! Und die sind nicht immer erfreulich gewesen.

*

Infolge des politisch dirigierten Widerstandes Frankreichs ist aber für uns das „bangend und bangend in schwebender Pein" noch nicht überwunden. Deswegen erübrigt es sich, ist es allzu voreilig, wenn man hier und da in Deutschland beginnt, das Fell des Bären bereits zu verteilen, also verlangt, daß die zu erwartende Nichtzahlung von anderthalb Milliarden Young-Plan-Verpflichtungen zur Milderung des auf uns lastenden Steuerdruckes Verwendung finde. Das hat Dr. Brüning in seiner Rundfunkrede glatt abgelehnt, auch alles hinsichtlich einer Schmälerung des finanziellen Ertrages der Notverordnung. Allerdings hat er erklärt, im übrigen mit sich reden zu lassen, also gar zu schlimme Kraßheiten oder offenbare Mißgriffe in ihr zu beseitigen. Dringender werden die Forderungen, sofort damit anzufangen. Aber selbst wenn der beabsichtigte finanzielle Gesamtertrag der Notverordnung die unübersteigbare Grenze für jede Abänderung sein soll — sie muß es sogar sein, denn die Verordnung wirkte dabei mit, drastisch, fast überdrastisch, um den Engländern und dann den Amerikanern über unsere Lage die Augen und die Hände zu öffnen —, so ist doch für sie wie für alles entscheidend, wie draußen unser Schicksal bestimmt wird, ob durch die „Politik" oder durch die „Wirtschaft".

Dr. Pr.

Die französische Antwort an Amerika

Offizielle Bekanntgabe des Wortlauts.

Die mit Spannung erwartete Antwort Frankreichs auf die Vorschläge des Präsidenten Hoover wurde durch den Ministerpräsidenten Laval in der Kammer bekanntgegeben. Die französische Regierung erklärt in ihrer Antwort, daß sie unter der Voraussetzung, daß die französische Kammer dies billigt, bereit ist, den Hoover-Plan anzunehmen, und zwar auf die Dauer eines Jahres. Jedoch besteht Frankreich darauf, daß die ungeschützten Jahreszahlungen aus dem Young-Plan während dieses Jahres weiterlaufen, damit die Grundsätze der Tributregelung gewahrt bleiben. Hierfür will Frankreich andererseits der BIZ. eine Summe zur Verfügung stellen, die dem französischen Anteil an der ungeschützten Jahreszahlung gleichkommt. Dieser Betrag soll dann wieder im Wege des Kredites Deutschland zur Verfügung gestellt werden.

Anschließend an die Verlesung der französischen Note verlas Laval die amerikanische Empfangsbestätigung, in der die Regierung der Vereinigten Staaten die Berücksichtigung der französischen Einwände bei der Beratung des Hooverschen Vorschlages zusagt.

Von dem Wortlaut der Erklärungen Lavals seien noch einige interessante Stellen nachgetragen. Laval führte u. a. aus: „Um die Anregungen des Präsidenten Hoover zu beantworten, ist die französische Regierung bereit, die Französische Kammer, deren Intervention unumgänglich und deren Beschluß souverän ist, zu bitten, daß Frankreich vorübergehend und auf die Dauer von einem Jahr auf die Zahlungen von seiten Deutschlands verzichtet. Angesichts der Natur der freiwillig angenommenen Verpflichtungen des Young-Planes und der Feierlichkeit, mit der der endgültige und unveränderliche Charakter der ungeschützten Zahlungen festgestellt wurde, durch den die Gültigkeit der Grundsätze der Reparationen gewahrt wird, würde die Gefahr groß sein, und das Vertrauen in den Wert der Unterschriften und der Verträge erschüttern, und somit direkt gegen das gesteckte Ziel laufen, wenn in der vorgeschlagenen Aufhebung der Zahlungen der ungeschützte Teil ebenso wie der geschützte behandelt würde. Die französische Regierung ist daher der Auffassung, daß es von größter moralischer Bedeutung sei, daß

die Zahlungen der ungeschützten Annuitäten

während der vom Präsidenten Hoover vorgesehenen Zeit in keiner Weise verschoben werden. Die französische Regierung in dem Wunsche in weitestem Maße an dem Versuch mitzuwirken, um die Folgen der augenblicklichen Krise abzuschwächen glaubt außerdem im Interesse des Erfolges dieser Anstrengungen besonders betonen zu müssen, daß die alleinige allgemeine Aufhebung dieser Zahlungen nur eine ungenügende Hilfe bedeuten. Die der deutschen Wirtschaft und der europäischen Wirtschaft allgemein drohenden Gefahren haben einen anderen Ursprung und sind besonders auf bedeutende Krediteinschränkungen und auf die Zurückziehung ausländischen Geldes zurückzuführen. Die Lösung für die deutsche Krise scheint demnach nicht nur in einer Herabsetzung der Haushaltslasten zu bestehen, sondern auch in einer

Ausdehnung der Kredite.

Deshalb erklärt sich die französische Regierung unter der Bedingung der Annahme durch das Parlament bereit, der BIZ. eine Summe zur Verfügung zu stellen, die dem französischen Anteil der ungeschützten Zahlung gleichkommt. Sie wird jedesmal die für die Durchführung der bereits abgeschlossenen Verträge für Sachlieferungen notwendigen Summen zurückbehalten und sieht diese Maßnahme außerdem als günstig für die deutsche Wirtschaft an. Die französische Regierung rechnet damit, daß die anderen Nutznießer des Young-Plans gleichfalls Entschlüsse fassen, und hofft, daß noch andere Maßnahmen getroffen werden können, um die notwendige Wiederherstellung des Kredits und das Vertrauen in die Welt wieder einzuführen. Das Kapital, das auf diese Weise der BIZ. zufließt, wird sofort für die Verwendung der Kredite in Deutschland wie auch in anderen mitteleuropäischen Ländern Verwendung finden können, insbesondere in denjenigen, in denen

die Aussetzung des Young-Planes für ein Jahr

zu finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten führen könnte. Es versteht sich, daß die so angewandten Summen mit Ablauf der vorgesehenen Moratoriumsfrist nach einem Jahr wieder zur Verfügung stehen. Wenn Frankreich unter den vorgesehenen Bedingungen seinen Anteil an den ungeschützten Zahlungen der BIZ. zur Verfügung stellt, so wird es sich während der Moratoriumsdauer von den Geldmitteln entblößt sehen, die es für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete braucht. (!) Ohne auf den Unterschied zwischen den Summen einzugehen, die es erhalten hat und die es hätte erhalten müssen, erinnert Frankreich daran, daß die Höhe seiner öffentlichen Schuld heute etwa das Vierfache der Reichsschuld beträgt und daß die Anstrengung, die es vor etwa vier Jahren aus eigenen Mitteln zur Wiederherstellung seiner Finanzen gemacht hat, nicht gefährdet werden darf. Die französische Regierung bestätigt also die Solidarität der Französischen Republik mit der der Vereinigten Staaten von Amerika in einem Augenblick, in dem die beiden Länder ihren alten Überlieferungen treu gemeinsam Hilfsmaßnahmen in einer schweren Krise ergreifen.

Zurückhaltende Antwort Washingtons an Paris.

Nach Verlesung des Vorschlages des Präsidenten Hoover und der französischen Antwortnote in der Kammer wurde von einem Schreiben Kenntnis gegeben, das der Botschafter der Vereinigten Staaten in Paris, Edge, an den französischen Außenminister Briand gerichtet hat. Der Botschafter gibt darin Kenntnis von einem Telegramm seiner Regierung, wonach diese die herzliche Form der französischen Note anerkennt und hofft, daß die französische Regierung die Anwesenheit des Schatzsekretärs Mellon in Paris dazu benutzen wird, um mit ihm und dem amerikanischen Botschafter die verschiedenen Probleme, die sich aus dem amerikanischen Vorschlag und der französischen Antwort ergeben, zu besprechen. Der Botschafter sowie der Schatzsekretär Mellon haben alle die Haltung der amerikanischen Regierung betreffenden Erklärungen erhalten.

Die Washingtoner Antwort beschränkt sich, wie man sieht, auf die Festlegung der Tatsache, daß in Paris offizielle Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen aufgenommen werden sollen bzw. schon im Gange sind. Erst im Laufe der Verhandlungen dürfte sich zeigen, ob und in welchen Punkten Präsident Hoover bereit ist, von seinem Grundgedanken zugunsten der französischen Vorbehalte abzuweichen.

Nach der Verlesung der französischen Antwortnote durch den Ministerpräsidenten erhob sich auf den Bänken des Zentrums und der Rechten lebhafter Beifall. Nach der Bekanntgabe der Antwort Washingtons wurde die Sitzung auf Wunsch einiger Abgeordneten unter Zustimmung des Ministerpräsidenten für kurze Zeit unterbrochen, um dem Haus Gelegenheit zur Prüfung der Dokumente zu geben.

*

Die Verhandlungen zwischen Amerika und Frankreich.

Stimsons Europareise.

Die Verhandlungen zwischen Amerika und Frankreich über den Hooverschen Vorschlag wegen des Reparationsfeierjahres sind im Gange. Der amerikanische Schatzsekretär Mellon hat gleich nach seiner Ankunft in Paris die Besprechungen mit den zuständigen französischen Stellen aufgenommen. Über den Verlauf dieser Verhandlungen wird strengstes Stillschweigen bewahrt, doch sollen die Washingtoner zuständigen Stellen nach guten Informationen sich sehr optimistisch zeigen, daß Hoover mit seinem Vorschlag Erfolg haben wird. Dieser Optimismus ist, so wird in Washington betont, auch dadurch zum Ausdruck gebracht, daß Hoover dem amerikanischen Staatssekretär des Äußern Stimson nunmehr die Abreise nach Europa gestattet hat. Diese Europareise Stimsons war nach der Hoover-Botschaft unsicher geworden, da der Präsident der Vereinigten Staaten den Wunsch hatte, seinen verantwortlichen Berater für die auswärtige Politik möglichst so lange um sich zu haben, bis die Erledigung seiner Anregung zur Einführung des Feierjahres auf keine Schwierigkeiten mehr stoßen würde.

Staatssekretär Stimson erklärte, daß mit Einverständnis Hoovers beschlossen sei, auf der Europareise mit den Außenministern Deutschlands, Englands, Frankreichs und Italiens über die Schuldenfrage zu verhandeln. Seine Ankunft in Neapel werde am 7. Juli erfolgen, anschließend daran die Weiterfahrt nach Rom. In Paris werde er am 15. Juli sein und am 21. Juli nach Berlin kommen, um am 27. Juli nach London zu fahren. Stimson betonte, daß er während des Besuchs Macdonalds und Hendersons in Berlin nicht dort anwesend sein werde.

In der französischen Öffentlichkeit spielt das geplante Zusammentreffen zwischen Brüning und Curtius mit Laval und Briand noch immer eine große Rolle. Ein bestimmter Zeitpunkt für die deutsch-französische Ministerbegegnung ist noch immer nicht festgesetzt, nach neueren Meldungen soll etwa ein Zeitraum zwischen dem 11. und 13. Juli in Frage kommen. Wie es heißt, soll der Reichskanzler in Paris zu verstehen gegeben haben, daß er vor Abschluß der Hoover-Aktion ebensowenig wie der Außenminister in Berlin aus finanzpolitischen und innenpolitischen Gründen unabkömmlich ist.

*

Sachverständigenkonferenz.

Nach Annahme des Hoover-Planes.

Über die weitere Entwicklung der Schulden- und Reparationsfrage verlautet in Londoner diplomatischen Kreisen, daß jetzt schon ernstlich mit der Einberufung einer Sachverständigenkonferenz gerechnet würde, sobald der Hoover-Plan von den verschiedenen Nationen angenom-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF